

Protokollauszug

aus der
29. öffentliche Sitzung des Ausschusses für Bildung und Sport
vom 20.12.2022

öffentlich

Top 3.2 Mental Health Care für Kinder und Jugendliche stärken 22/SVV/0567 geändert beschlossen

Frau Becker merkt an, dass die Fraktion Freie Demokratische Partei dem in der Sitzung des Ausschusses für Gesundheit, Soziales, Wohnen und Inklusion am 29.11.2022 geändert beschlossenen Antrag zustimmen würde.

Frau Hayn verliest den folgenden in der Sitzung des Ausschusses für Gesundheit, Soziales, Wohnen und Inklusion am 29.11.2022 geändert beschlossenen Antrag:

Die Stadtverordnetenversammlung möge beschließen:

Eine Offensive für Mental Health Care sowie der Ausbau für ausreichend Anlaufstellen ist dringend erforderlich. Daher beauftragen wir den Oberbürgermeister folgende Punkte zu prüfen:

- 1.) Der Oberbürgermeister wird beauftragt zu prüfen, welche Möglichkeiten für die Kommune bestehen den schulsozial- und psychologischen Dienst zu erweitern. Hierbei sollen insbesondere die Bedarfe von minderjährigen Flüchtlingen berücksichtigt werden. Dem Jugendhilfeausschuss ist unmittelbar nach dem Workshop vom Geschäftsbereich 2 und 3 „psychische Gesundheit Kinder und Jugendliche“ inklusive der finanziellen Auswirkungen zu berichten.**
- ~~1.) Den weiteren Ausbau von Stellen für Schulpsychologen, hierbei soll zusätzlich geprüft werden, ob geflüchtete ukrainische Psychologen die Möglichkeit bekommen können, an Schulen und weiteren Jugendeinrichtungen tätig zu werden.~~
- ~~2.) Ob in Potsdam in Abstimmung mit der Kassenärztlichen Vereinigung die Anzahl der Kassensitze für Psychotherapeuten sowie die Anzahl der Terminservicestellen für die Vermittlung von Psychotherapieplätzen erhöht werden kann.~~
- ~~3.) Wie hierbei auch externe Träger (Dienstleister der Stadt) eingebunden werden können und eventuelle „Springer“ mit der Qualifikation als Sozialpädagoge, an den Schulen situations- und standortbedingt einzusetzen möglich ist.~~

Herr Schindler fragt nach der Berücksichtigung der unbegleiteten minderjährigen Ausländer (UMA). Frau Hayn antwortet, dass diese hierbei nicht konkretisiert werden würden und dass es um Flüchtlinge in Gänze gehen würde.

Herr Sima führt aus, dass oftmals festgestellt worden wäre, dass vieles Sache des Landes Brandenburg ist. Dieser Antrag könne möglicherweise als Statement und politisches Signal an das Land Brandenburg dienen. Es sei nicht zielführend, dass die Landeshauptstadt Potsdam regelmäßig Aufgaben für das Land Brandenburg übernimmt. Frau Hayn führt aus, dass es hierbei auf

Bundesebene entsprechende Lücken geben würde. In einem entsprechenden Kooperationsvertrag sei vermerkt, dass etwas geändert werden soll.

Frau Lange stellt den in der Sitzung des Ausschusses für Gesundheit, Soziales, Wohnen und Inklusion am 29.11.2022 geändert beschlossenen Antrag zur Abstimmung.

Der Ausschuss für Bildung und Sport empfiehlt der Stadtverordnetenversammlung, wie folgt geändert zu beschließen:

Eine Offensive für Mental Health Care sowie der Ausbau für ausreichend Anlaufstellen ist dringend erforderlich. Daher beauftragen wir den Oberbürgermeister folgende Punkte zu prüfen:

- 1.) **Der Oberbürgermeister wird beauftragt zu prüfen, welche Möglichkeiten für die Kommune bestehen den schulsozial- und psychologischen Dienst zu erweitern. Hierbei sollen insbesondere die Bedarfe von minderjährigen Flüchtlingen berücksichtigt werden. Dem Jugendhilfeausschuss ist unmittelbar nach dem Workshop vom Geschäftsbereich 2 und 3 „psychische Gesundheit Kinder und Jugendliche“ inklusive der finanziellen Auswirkungen zu berichten.**
- 1.) ~~Den weiteren Ausbau von Stellen für Schulpsychologen, hierbei soll zusätzlich geprüft werden, ob geflüchtete ukrainische Psychologen die Möglichkeit bekommen können, an Schulen und weiteren Jugendeinrichtungen tätig zu werden.~~
- 2.) ~~Ob in Potsdam in Abstimmung mit der Kassenärztlichen Vereinigung die Anzahl der Kassensitze für Psychotherapeuten sowie die Anzahl der Terminservicestellen für die Vermittlung von Psychotheraphieplätzen erhöht werden kann.~~
- 3.) ~~Wie hierbei auch externe Träger (Dienstleister der Stadt) eingebunden werden können und eventuelle „Springer“ mit der Qualifikation als Sozialpädagoge, an den Schulen situations- und standortbedingt einzusetzen möglich ist.~~

Abstimmungsergebnis:
einstimmig **angenommen**